



Industrie- und Handelszeitung



Die Brennstoffe

Ihr Heizwert und ihre Verwendung

Nach einem Vortrag des Dr. ing. H. Dietrich aufgestellt für Hausbesitzer, Hausverwalter und Heizer von Dipl. agr. K. Zander.

Im allgemeinen bestehen unsere Brennstoffe aus großen Teil aus Kohlenstoff (C) — meist fast aus reinem C —, den wir auch in anderer Form kristallisiert als Diamant, kennen. Ihre Herkunft sind lassen sich die Brennstoffe zusammenfassen in natürliche Brennstoffe und künstliche Brennstoffe.

Nach ihrer äußeren Beschaffenheit unterscheiden wir in jeder der beiden Hauptgruppen feste Brennstoffe, flüssige Brennstoffe und gasförmige Brennstoffe als Untergruppen.

Natürliche Brennstoffe sind das Holz und die ihm entstehenden Brennstoffe wie Torf, Braunkohle, Steinkohle, Anthrazit und das Erdöl, Erdgas, die sich in dem Zustand vorfinden lassen wie sie in der Natur vorkommen, haben nur örtliche Bedeutung.

Künstliche Brennstoffe werden durch Umwandlung chemischer oder mechanischer Art aus natürlichen hergestellt. Briquets entstehen durch Trocknung, gleichmäßige Aufbereitung, Verdichtung und Formgebung. Der Verkohlungsprozess der natürlichen Brennstoffe dient zur Herstellung von Koks und Gas (Nebenprodukte: Benzol, Benzin, Teer).

Die natürlichen Brennstoffe sind, wie bekannt, im Laufe von Jahrhunderten durch eine chemische Umwandlung des Holzes oder der Pflanzenfasern in der Erde unter sehr starkem Druck der darüber liegenden Erdschichten bei ungenügender Luftzufuhr oder direktem Luftabschluß entstanden. Mit dem Entzündungsprozess nehmen die Dichte, Härte, dunkle (schwarze) Farbe, der Kohlenstoffgehalt und der Heizwert zu und Wasserstoff (H) und Sauerstoff (O) ab. Bei den festen Brennstoffen bildet die Kohlenbildung (C) den hauptsächlichsten Brennstoffbestandteil. Ein weiterer brennbarer Bestandteil bildet der Wasserstoff. Dieser ist im Pflanzenbestandteil als Cellulose, in der Erde als Kohlenstoff (C) oder als Kohlenwasserstoff (H) vorhanden. Er wird durch die Verbrennung von Kohlenstoff (C) und Wasserstoff (H) zu Kohlenstoffdioxid (CO₂) und Wasser (H₂O) oxydiert.

Das Holz dient in der Hauptsache nur zum Entzünden der natürlichen und künstlichen Brennstoffe. Der Torf wird ausschließlich nur im Hausbrand verwendet, man trocknet ihn an der nassem Moorende und trocknet ihn an der Luft.

Die Braunkohle

Die jüngste der Kohlenarten ist aus stark harzartigen Nadelblättern entstanden. Bei dem Verkohlungsvorgang in der Erde hat sich der Harzgehalt der Ursprungshölzer in pech- oder wachsartigen Stoffe umgewandelt, die unter dem Namen „Bitumen“ bekannt sind. Die Braunkohle liegt also nicht sehr tief in der Erde, so ist der Druck der Erde und Gesteinslast nicht sehr stark, infolgedessen sind die Steinkohle, die in Deutschland gezeigte Braunkohle, deren Name durch die Farbe gegeben

ist, gehört zu den jüngeren Braunkohlen und zeigt ein stückiges oder erdiges Gefüge. Die ältere oder dünnere Braunkohle (Teckkohle) äußert sich in Dichte, Härte und Ansehen schon den jüngeren Steinkohlen (schwarz und glänzend). Die deutsche Braunkohle hat einen sehr hohen Wasseranteil (bis zu 60 v. H.). Der Aschengehalt ist bei einer Braunkohle des gleichen Fundortes sehr verschieden und beträgt etwa 3 bis 6 v. H. Die Entzündungstemperatur liegt etwa bei 350 Grad Celsius. Bei ihrem lockeren Gefüge verlangt die Braunkohle ohne Rostspalten und bei ihrer Minderwertigkeit große Rostflächen. Da der Wasseranteil sich auch als bedeutender Gewichtanteil bemerkbar macht, der unnötige Transportkosten verursacht, kann die deutsche Braunkohle mit hochwertigen Brennstoffen nicht in Wettbewerb treten; sie wird daher meist nur in der Nähe ihrer Fundorte wirtschaftlich zu verfeuern sein. In der Hauptsache wird jedoch die Braunkohle nicht als Rohbraunkohle, sondern in der verarbeiteten Form des Braunkohlenbriketts zum Heizen unserer Feuerungsanlagen verwendet.

„Steinkohlen“

Die Steinkohlen, die mit langer, stark leuchtender Flamme brennen, sind die Ursprungskohle für die Koks- und Stiehkohlenherstellung. Die ältesten Steinkohlen sind die „Magerkohlen“ und der „Anthrazit“. Während die anderen jüngeren Steinkohlen gasreiche und damit langflammiere Kohlen sind, bilden die Magerkohlen und Anthrazit die Gruppe der gasarmen, infolgedessen kurzflammiere Steinkohlen.

Die „Sandkohlen“, zorkallen bei der Erzhitzung und brennen mit langer, matter Flamme. Sie ührlen nur auf engemaligem Roet bei nicht starkem Zug verfeuert werden.

Die „Sinterkohlen“ bleiben im Feuer bestehen. Sie brennen ebenfalls mit langer Flamme und sind am besten für Dampfesselfeuerungen geeignet.

Die „Fettkohlen“ dagegen eignen sich am wenigsten für Kesselfeuerungen, da sie beim Verfeuern anfliegen und zusammenbacken, leicht schlacken.

Die „Pektkohlen“, die mit langer, stark leuchtender Flamme brennen, sind die Ursprungskohle für die Koks- und Stiehkohlenherstellung.

Die „Sinterkohlen“ sind die „Magerkohlen“ und der „Anthrazit“. Während die anderen jüngeren Steinkohlen gasreiche und damit langflammiere Kohlen sind, bilden die Magerkohlen und Anthrazit die Gruppe der gasarmen, infolgedessen kurzflammiere Steinkohlen.

Die „Sandkohlen“ weisen etwa 50 bis 60 v. H. Gewichtanteil flüchtiger Bestandteile auf, während die „Sinterkohlen“ nur noch etwa 5 bis 6 v. H. flüchtige Bestandteile enthält. Aus diesem Grund eignet sich der Anthrazit im Gegensatz zu den anderen Kohlenarten, die nur auf Plazentosen in geringer Schichthöhe verfeuert werden können und entweder ständige Bedienung von Hand oder automatische Feuerungsrichtungen erfordern, gut für Full- und Schichtfeuerungen, die in einem Kesselraum und die Zentralheizungskessel darstellen.

Die Entzündungstemperatur der Steinkohlenarten schwankt zwischen 400 bis 500 Grad Celsius, und

zwar gilt die obere Grenze bei den gasarmen Steinkohlen, die zwar schwer entzündbar, dafür aber nicht zu Ruß- und Rancheentwicklung neigen wie die gasreichen Kohlen.

Die Steinkohlen werden nach der Forderung auf den Zechen durch trockene und nasse Aufbereitung von Gesteinstellen befreit und sortiert. Je nach ihrer hierdurch entstandenen Stückgröße (Körnung) unterscheiden man Feinkohlen, Brückkohlen (über Faustgröße), Nußkohlen I bis V von Faust- bis Haselnußgröße), Feinkohlen (unter Haselnußgröße).

(Fortsetzung folgt.)

Ein Wirtschaftsprogramm des Handwerks

Der vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß beim Deutschen Handwerks- und Gewerkekammerrat und beim Reichverband des deutschen Handwerks eingesetzte Arbeitsschausschub gab in einer Zusammenkunft zur Frage der Preisbestimmung im Handwerk einmütig der Auffassung Ausdruck, daß die Berechnung der Leistungsarbeiten im Handwerk nach folgenden Grundsätzen erfolgen sollte: Die Selbstkosten setzen sich zusammen aus dem gezahlten Lohn und den auf dem Geschäftsbetrieb ruhenden Löhnen.

Zu den Selbstkosten erscheint ein Risiko- und Gewinnaufschlag für den Unternehmer in Höhe von 10 bis 15 Prozent als angemessen.

Soweit Materialien zugeführt werden, unterliegen diese dem Zuschlag der üblichen Handelspreise. Der Arbeitsschausschub wird sich in seinen weiteren Beratungen auch mit der Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms des deutschen Handwerks beschäftigen. Es herrsche Übereinstimmung darüber, daß die Lösung der Krise im Handwerk mit dem gesamten derzeitigen Wirtschaftsproblem, sowie der inner- wie außenwirtschaftlich gesehen, bringen müssen. Generalsekretär Dr. Mensch wurde beauftragt, in nächster Sitzung Ausschüsse einzusetzen, die die Beratung einzelner Sachabschnitte anschließen soll.

Butterhaushalt

Die Verdruppelung des Butterzollens auf 100 RM je Doppelzentner — die erste praktische Anwendung der Zoll-Notverordnung von 18. d. M. — hat erwartungsgemäß eine kräftige Laune am Buttermarkt ausgelöst: Die Berliner Notierung, die noch am 10. Januar unverändert für erste Qualität 97 Rp/1. Millen Reichsmark, d. h. in diesem Jahr um bereits auf 1,02 RM gesprungen, hat also ungefähr das Niveau der Weihnachtshausse wieder erreicht, wo die starke Nachfrage der Buttergroßhandlungen mangels genügender Anlieferungen der Marktreise aus

Auch jetzt bleibt allerdings der Großhandelspreis für deutsche Laibchen noch wesentlich unter Vorjahresniveau. Die Berliner Notierung, die noch am 10. Januar unverändert für erste Qualität 97 Rp/1. Millen Reichsmark, d. h. in diesem Jahr um bereits auf 1,02 RM gesprungen, hat also ungefähr das Niveau der Weihnachtshausse wieder erreicht, wo die starke Nachfrage der Buttergroßhandlungen mangels genügender Anlieferungen der Marktreise aus

aus der mitteldeutschen Wirtschaft. Maschinenfabrik Beuckan R. Wolf Ag. in Magdeburg — Dividendenbesitzer zu erwarten. Wie vorjährige Gewinne für den Jahresabschluss zurückgegangen, so daß der gegenwärtige Beschäftigungsgrad wenig befriedigend ist. Industrieproduktion, der sich gegenüber der Vorjahreszeit nur geringfügig erholt hat, mehr gefallenen als sich noch der amtlichen Reichsstatistik für den Jahresabschluss zeigen. Trotz dieser (schmalen) Gewinnsteigerungen des Durchschnittsangehens ist immer wieder sein internes Streben nach höherer Lebenshaltung, sowie der Anstieg der Preise für den Einzelverbraucher die hierin liegende soziale Gefahr.

Diejenigen, die in der hemmungslosen Zahlungsfähigkeit des Mittelstandes sehen und glauben, auf den Weg der Deflation zu führen, werden sich in diesem Jahr nicht durchsetzen können. Es ist ein Zeichen dafür, daß tatsächlich das deutsche Volkswirtschaft heute immer noch tiefer als vor dem Kriege unter dem nach unserer angehöflichen und unserer nordischen Konkurrenz liegt, müßte auch eine weitere Verminderung der Löhne und Gehälter eine weitere Einschränkung der Wirtschaft zur Folge haben.

Der Hinweis auf die mangelnde deutsche Konkurrenzfähigkeit ist nicht richtig, denn der deutsche Beschäftigtenstand der letzten Jahre liefert das Bild einer ganz ungewöhnlich günstigen Entwicklung. Er ist von 1925 bis 1929 fast um 50 Prozent gestiegen und hat im Jahresjahr 1930 weit weniger gestiegen als der unterer beiden großen angehöflichen Konkurrenz. Allerdings darf hierbei nicht übersehen werden, daß die deutsche Ausgabe zum Teil zu Preisen erfolgt, die unter den Inlandspreisen liegen.

Streik und Sabotage.

Am Strafgesetzbuch des Reichstages wurde der § 238 des Entwurfes, der die Sabotage in lebenswichtigen Betrieben betrifft, mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten geteilt. Die Sozialdemokraten und Kommunisten lehnten die Sabotage ab. An der Debatte war nur allein unternommen, ob auch die Störung eines lebenswichtigen Betriebes unter Strafe gestellt werden sollte. Der Entwurf selbst behält außer der Beschädigung, Zerstörung, Ver-

besondere über die Exportartikeln nachgelassen. Über die Abschließung für das Geschäftsjahr 1931 läßt sich noch nichts Zuverlässiges sagen. Mit der Aufrechterhaltung der Vorjahrsdividende von 10 Prozent wird jedoch nicht zu rechnen sein.

Börsen, Devisen, Märkte

Table with columns: New Gewähr, Amtliche Devisenkurs, Old Gewähr, 23.1., 22.1., 23.1., 22.1.

Berliner Produktienbörsen. (Für 100 kg in Reichsmark.)

Table with columns: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, etc. and prices.

Lepziger Produktienbörsen. (Für 100 kg in Reichsmark.)

Table with columns: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, etc. and prices.

Lohnsenkung als Abwehrmittel? Abbau der fixen Kosten erforderlich

Von CURAO Schneider, Mitglied des Reichstages.

Es gibt heute kaum einen Unternehmer, der nicht überlegen müßte, bei unbegrenzter Vervielfältigung die Kräfte überwinden zu können. Die Wirtschaftskrisis hat nur dann einen Sinn, wenn nicht nur die Löhne gesenkt und Arbeiter aus dem Produktionskreis ausgegliedert, sondern auch überflüssige Produktionsanlagen beseitigt werden. Statt dessen sehen wir, wie immer wieder lebensfähige Betriebe und Schichtanlagen mit Unterhütung der öffentlichen Hand oder durch eine jeden wirtschaftlichen Sinn entbehrende Kartell- oder Syndikatpolitik künstlich am Leben erhalten werden. Wenn man von notwendiger Senkung der Gehaltslisten spricht, so meint man immer nur die Löhne und Gehälter. In der so notwendigen Senkung der „fremden Kosten“. Die praktisch Unmöglichkeit der Löhnsenkungen oder nicht voll ausgenutzten Produktionsanlagen erhalten werden, geht man bemüht vor. Und gerade dies würde eine wesentliche Entlastung und Bereinigung unserer Wirtschaft bedeuten. Die Senkung der Löhne ist nicht nur für die Industrie unüberdachte Zeuge, hat das Jahr 1924 in fehlerhafter Nationalisierung unrichtiger Kapital auf zu 70 Prozent im Juli 1930 ergibt die Frage aufzuwerfen, in welchem Ausmaße die Beschäftigten, die über nicht zu hoch angelegten, die die geliebten Betriebe bedrückt. Nach den Erfahrungen, die wir in letzter Zeit mit uns machen konnten, ist ohne weiteres anzunehmen, daß man auch hier von dem Grundgedachte ausgeht, die Betriebe zu sozialisieren, während man die Gewinne ebenfalls privatisiert.

Wie ist man die laßfähige Lohn- und Gehaltsentlastung in Deutschland? Gegenüber unseren Hauptkonkurrenzländern ist der Reichlohn außerordentlich gering. Trotz der vielfach berechtigten Kritik an den internationalen Reallohnvergleichen des Internationalen Arbeitsamtes bieten sich doch merkwürdige Anhaltspunkte. Nach dem Stand der Reallohn im Juli 1930 ergibt sich, wenn man die englischen Reallohn gleich 100 setzt, für die verschiedenen Länder folgende Tabelle:

Table with columns: Großbritannien 100, Deutschland 78, Frankreich 49, Kanada 155, Spanien 40, Vereinigte Staaten 100.

feiligung und Veränderung von Bestandteilen und des Zubehörs eines Betriebes aus das „Abwehrmittel“ gegen die Krise. In den Streik und die damit verbundene Stilllegung, mit beiderer Strafe. In der ersten Ausgliederung war jeder Fallus gegen den Streik abgestellt worden. Bei der zweiten Stellung zeigte sich, daß auch bei beiden Wirtschaftskrisen, die im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und Kommunisten prinzipiell Anhänger des Paragrafen waren, die Eingliederung des Streiks in die Erziehung Bedenken bestanden.

Unregelmäßigkeiten in der Evangelischen Zentralbank Die Zahlungen eingestellt.

Die Evangelische Zentralbank in Berlin hat am Donnerstag ihre Zahlungen eingestellt und ihre Schalter bis auf weiteres geschlossen. Wie die Bank mitteilt, ist ein Vergleichsverfahren eingeleitet worden. Eine Nachricht darüber wird den Gläubigern der Bank in den nächsten Tagen zugehen.

Oben der Leiter der aufkommensbedingten Evangelischen Zentralbank, Paul Hund, hat die Staatsanwaltschaft I sofort ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Schon am Nachmittag müßte Hund in Abzahn beim Staatsanwalt zur Vernehmung erscheinen, die sich bis in die Abendstunden hinziehen. Es ist nicht auszuschließen, daß der Zentralbank, die die Evangelische Zentralbank einen Teil der Gelder, die in der Zentralbank für den Zweck des Vergleichsverfahrens eingeleitet worden. Eine Nachricht darüber wird den Gläubigern der Bank in den nächsten Tagen zugehen.

Die Aufsichtspräsident Berlin teilte mit: In dem aus Anlaß der Schließung der Zentralbank bei der Staatsanwaltschaft I Berlin ein Ermittlungsverfahren verfahren hat der Bereichsrichter auf Antrag der Staatsanwaltschaft I gegen den Geschäftsführer Paul Hund und seinen Bruder, den Dipl.-Ing. Adolf Hund, Beschuldigung erhoben.

Aus Mitteldeutschland

Getreidelohe schaffen sich selbst eine Heimstätte.

† Eisenberg. Hier wurden auf einem der Stadt gehörigen Gemarkungsteile die Reste der ehemaligen und sonstigen Baracken zur Errichtung einer Getreidelohe...

Ein Kulturdenkmal verhandelt.

† Eisenberg. In Raschwitz wurde die über 100 Jahre alte Gasse, die als Kaserne von dem ehemaligen Generalmajor der Wüste Major Wilhem...

Deftig jezt Diäten und Gaspreis.

† Deftau. Die Diäten im Deftauer Stadtparlament wurden auf 120 Mark pro Jahr und Stadtratsmitgliedern auf 100 Mark...

In der nichtöffentlichen Sitzung der Gemeinderat in Deftau wurde das Magistrats mit der Deutschen Genossenschaftsgesellschaft...

Stärkung der Stützen

† Köthen. In der letzten Stadtratsversammlung wurden an zwei Verhandlungspunkten 4 1/2 Stunden gearbeitet...

† Magdeburg. Ein von Magdeburg in das Gerichtsgefängnis nach Burg bei Magdeburg eingelieferter Gefangenener wurde wegen eines Verwegens...

Ein rabiatler Gefangenener

† Magdeburg. Ein von Magdeburg in das Gerichtsgefängnis nach Burg bei Magdeburg eingelieferter Gefangenener wurde wegen eines Verwegens...

† Halle. Es ist festgestellt, daß die Butterpreise merklich gesunken sind. Man kann hier schon Buttermargarin für 60 Pf. erwerben...

Jack Molander

Ein Roman aus dem Lande der unbereinigten Magischkeiten, Amerika.

Silhouetten (Redaktion verboten). Silhouetten (Redaktion verboten). Silhouetten (Redaktion verboten)...

In diesem Tage mußte Jack noch 100000 Deutsche Mark in den Händen der Reichsbank in Auftrag geben. Gestern ging er nach Berlin...

Das Schicksal eines Fremdenlegionärs

Landesverräterische Waffenliste.

† Leipzig. Das leipziger eines Fremdenlegionärs enthielt eine Verabredung die Leben vor dem Reichsgericht zu verurteilen hat...

† Erfurt. Das Schöffengericht hatte vor kurzem den Kaufmann Otto Meißner als Verräter wegen Betrugs, Diebstahls und Unterschlagung...

† Schmölln. Die Brandstiftung ist noch immer ein Missetat. Die Brandstiftung ist noch immer ein Missetat...

† Schmölln. Der älteste Einwohner unserer Stadt ist der Rentmeister Andreas Bandler mit 95 und die älteste Einwohnerin die Wittwe Sophie W. Lechner...

† Gera. Nachts brangen einige Kahlbunde, mehrschneidige junge Burden, in angeregten Zustände in den Gefängnis in Gera...

† Gera. Nachts brangen einige Kahlbunde, mehrschneidige junge Burden, in angeregten Zustände in den Gefängnis in Gera...

† Gera. Nachts brangen einige Kahlbunde, mehrschneidige junge Burden, in angeregten Zustände in den Gefängnis in Gera...

† Gera. Nachts brangen einige Kahlbunde, mehrschneidige junge Burden, in angeregten Zustände in den Gefängnis in Gera...

† Gera. Nachts brangen einige Kahlbunde, mehrschneidige junge Burden, in angeregten Zustände in den Gefängnis in Gera...

† Gera. Nachts brangen einige Kahlbunde, mehrschneidige junge Burden, in angeregten Zustände in den Gefängnis in Gera...

† Gera. Nachts brangen einige Kahlbunde, mehrschneidige junge Burden, in angeregten Zustände in den Gefängnis in Gera...

† Gera. Nachts brangen einige Kahlbunde, mehrschneidige junge Burden, in angeregten Zustände in den Gefängnis in Gera...

† Gera. Nachts brangen einige Kahlbunde, mehrschneidige junge Burden, in angeregten Zustände in den Gefängnis in Gera...

† Gera. Nachts brangen einige Kahlbunde, mehrschneidige junge Burden, in angeregten Zustände in den Gefängnis in Gera...

† Gera. Nachts brangen einige Kahlbunde, mehrschneidige junge Burden, in angeregten Zustände in den Gefängnis in Gera...

† Gera. Nachts brangen einige Kahlbunde, mehrschneidige junge Burden, in angeregten Zustände in den Gefängnis in Gera...

† Gera. Nachts brangen einige Kahlbunde, mehrschneidige junge Burden, in angeregten Zustände in den Gefängnis in Gera...

† Gera. Nachts brangen einige Kahlbunde, mehrschneidige junge Burden, in angeregten Zustände in den Gefängnis in Gera...

600 Prozent Bürgersteuer zwangsweise

† Langenberg. Gera. Wie in der Hauptauszahlung festgestellt wurde, mochten die getragenen Wahlen...

† Langenberg. Nach Fertigstellung der Vermögensgegenstände wurde das Langenberger Bürgeramt...

† Körba. D. Schwimmsport. Im Körbaer Teich wurde die Schwimmwettkämpfe...

† Bab. Drumbach. Das Gemeinderat wurde in Bab. Drumbach in der Wahl des neuen Bürgermeisters...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

† Leipzig. Am Sonntag früh, 14.5 Uhr, brach in Hinterhaus des Grundstücks Roststraße 15 in Leipzig Feuer aus...

Aber 180 Entwürfe für Entwurfentwerfung. In Leipzig. In dem von der Amtsblattverwaltung...

† Cosselgrün. (Landkreis Orla). Ein mit Streichhölzern gefüllter leuchtiger Zylinder hatte den Grabstein des Grabsteinen Herrn Jäger in Brand...

† Chemnitz. Einbrecher suchten nachts die Milchstraße und deren Kantorei heim. Sie erbeuteten 800 Mark Bargeld und wertvolle silberne Geräte.

† Delsnik (Ergeb). Der 19 Jahre alte Lehrling Helmut Künzel brach beim Abfahren eines Schotterfuhrwerks durch das Eis und erlitt an.

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...

† Limbach. Schon seit Jahrzehnten ist die Finanzlage der Limbacher Kreisverwaltung Limbach sehr ungünstig...



Mitteldeutsche Neueste Nachrichten

Mittelschweizer für den Jahrgangspaten Mitteldeutschland 10. 10. 1932; im Preis 1.000. Familien- und Klein-Kunden abzugeben. Preis für Abbestellung und Nachbestellung 20. 10. 1932. Preis für Abbestellung extra. - Abbest. nach Vereinbarung. - Gehalt der Einzelnummern 6 Uhr vorzuzahlen.

Verlagsgesellschaft Merseburg: H. Ritterstraße 3. Gesamt-Sammlungsnummer 2233. Verlagsort: Leipzig 380 10. Zweigstelle: Chemnitz, Industriestraße 1. Gesamt-Sammlungsnummer 3088. Verlagsort: Chemnitz 380 30.

Gründet täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis pro Nummer 1.00. Abbestellungspreis 10. 10. 1932. Familien- und Klein-Kunden abzugeben. Preis für Abbestellung und Nachbestellung 20. 10. 1932. Preis für Abbestellung extra. - Abbest. nach Vereinbarung. - Gehalt der Einzelnummern 6 Uhr vorzuzahlen.

Ar. 20 Montag, den 25. Januar 1932 58. Jahrgang

Ein Interview des Reichswehrministers

Groener über die Abrüstungsfrage

„Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte“

Deutschlands völlige Unsicherheit Das Gutachten der Stillhaltegläubiger

Wir fordern nur Vertragserfüllung

Paris, 24. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Revue“ hat Reichswehrminister Dr. Groener eine Reihe ihm vorgelegter Fragen wie folgt beantwortet:

Welches ist der allgemeine Standpunkt des Reichswehrministeriums in der Abrüstungsfrage?

„In der Abrüstungsfrage haben alle deutschen Regierungen stets einmütig den gleichen Standpunkt vertreten, der sich auf die Weisung vom 1919 stützt. Im Innern ist einmütig einig: Deutschland fordert das gleiche Recht wie alle anderen Staaten. Das bedeutet, daß es in den Methoden der Abrüstung keinen Unterschied zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges geben darf und daß Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit hat wie andere Great Powers. Die Forderungen müssen für ein Land, das sein Recht auf Selbstbehauptung und Leben nicht aufgeben will, selbstverständlich sein. Sie stimmen vollständig mit dem überein, was das Europa-Memorandum der französischen Regierung vom Mai 1930 mit den Worten ausgedrückt hat: „Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte.“

Stellen aber sind es, die in den engsten Beziehungen zum französischen Generalstab und den französischen, nationalsozialistischen Parteien stehen. Das ist ein Unterschied, den man in Frankreich wohl bedenken möge, wenn man glaubt, für die „deutschen Passifisten“ eintreten zu müssen.

Was denken Sie über die Aussichten der Nationalsozialisten in Deutschland?

„Die nationalsozialistische Bewegung ist in den letzten Jahren laminarisch angewachsen. Ihre Führer haben sich zur Exaltation begeben. Sie wollen auch, daß die Regierung des Deutschen Reichs und der Länder in ihr sind, daß sie auf illegalem Wege niemals zur Macht kommen werden. Ob die Partei einmal so stark werden wird, daß sie allein zur Regierung kommen kann, ohne sich durch Koalitionen mit anderen Parteien zu binden, kann man heute noch nicht beurteilen. Wenn es aber eines gibt, welches noch mehr Deutsche dazu treibt, an den bisherigen politischen Methoden zu verzweifeln und die Reihen der radikalen Parteien zu verlassen, so ist es die Politik derjenigen Elemente, die sich dem Reiche Deutschland als eine Nation zweiter Klasse behandeln und ihm selbst die vollen Rechte verweigern wollen, die jedes Volk im Reiche in Anspruch nimmt, das Recht auf freie Entscheidung und auf Sicherheit.“

Berlin, 25. Jan. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung des neuen Stillhalteabkommens wird ein Bericht der Stillhaltegläubiger über den Bericht der ausständigen Reichsregierung in der Abrüstungsfrage veröffentlicht. In ihm heißt es u. a.: Der Stillhalteprozess ist in Deutschland weiter fortgeschritten als in irgendeinem anderen großen Lande, da Deutschland nicht nur den Folgen der Weltwirtschaft, sondern auch einem fortwährenden und aufgewühlten Druck von außen ausgesetzt war.

Deutschland hat den Verlust eines großen Teiles seines Arbeitskräftepotentials, der durch den Krieg, die schweren Nachkriegszustände in fremde Staaten und die „Inflation“ entstanden ist, durch lang- und kurzfristige Kredite vom Ausland in großem Umfang ausgeglichen.

In den letzten 18 Monaten hat es jedoch der Außenwelt sehr bedeutende Summen zurückgezahlt — ein Betrag, der von seiner Kraft hermit abgibt, aber zugleich sein ganzes Kreditvermögen und seine auswärtigen Kreditbeziehungen auf eine außerordentlich schwere Probe stellt.

Der Wiederanpassungsprozess, zu dem es gezwungen wurde, und der schwere Arbeitslosigkeit, mehrdeutige innere Verhältnisse und Handelsverhältnisse zur Folge hatte, war unumgänglich um seine Ausdehnung auf rechtzeitige, von der keine Möglichkeit zur Schuldentlastung möglich war.

Unter allgemeinen Gesichtspunkten wird gesagt, daß es der Ausdehnung dieser Lasten aus, das die wichtigste Interesse der Gläubiger anab, das Kreditvermögen in Deutschland im allgemeinen und die Reichsbank im besonderen zu sichern. Seine Entscheidung geht dahin, die Reichsbank und die Stabilität der Währung zu sichern und das Vertrauen wiederherzustellen. Kapitel IV gibt die Grundlage des neuen Abkommens wieder. Der Ausdehnung erklärt hier u. a.: Die Steuererinnahmen, die durch die alte und zunehmende Depression sehr belastet sind, konnten nur durch mehrdeutige Erzeugnisse der Steuererträge aufrechterhalten werden.

Die deutsche Bevölkerung hat nunmehr eine Höhe erreicht, die wie in dem Berliner Bericht festgestellt wurde, nicht mehr übersteigen werden kann. Wir sind der gleichen Meinung, die Regierung hat zurzeit nicht mehr als ein Ziel vor sich, nämlich die Erhaltung eines Haushaltsgleichgewichts, das die Steuererträge ausreicht, um die weiteren folgenden Schritte des Schemas der künftigen Rückzahlungen zu ermöglichen.

Dieses ausgefallen von Seiten der Gläubiger im Interesse der Stärkung der Lage macht es jedoch erforderlich, daß die Mittel nicht verpfändet werden zur Deckung von Anleihen außerhalb des Landes.

Eröffnung der 66. Völkerbundversammlung.

Genf, 25. Jan. (Radioübertragung) Die 66. Sitzung des Völkerbundesrates begann heute vormittag um 11 Uhr mit einer nichtöffentlichen Sitzung, an die sich unmittelbar danach die öffentliche Sitzung anschloß. Den Vorsitz der Tagung führt Frankreich. Auf der jetzigen Sitzung sind nur wenige Worte durch Außenminister oder Adlige Mitter vertreten. Für Großbritannien ist Lord Cecil, für Japan der Gesandte in Brüssel, Gato, für Italien der aus dem Völkerbundverbanden beurlaubte Aufsicht für Deutschland norw. für die Gelande Freilich von Weislinger erschienen.

Höllers Antwort an Brüning

Höllers hielt am Sonnabend im Circus Strone eine einseitige Rede. Wenn der Kanzler erkläre, Höllers könne nichts anderes tun als die gemeinsame Weisungsrichtung auch, so müsse festgestellt werden, daß die Reichsregierung allmählich damit beginne, was die Nationalsozialisten fünf Jahre lang gefordert hätten. Durch die Vorkommnisse seien die Schäden nicht nur nicht behoben worden, sondern die Entwidlung zur Katastrophe habe weitere Fortschritte gemacht. Wenn jemand die Schuld an der bisherigen Entwicklung trage, dann liege der erste Weg zur Besserung der Verhältnisse der Schuldigen. Es gehe nicht an, daß man sich der Verantwortung entziehen wolle mit der Entschuldigung, daß die Friedensverträge oder der verlorene Krieg Schuld seien. Wer liege denn Schuld an Versailles? So leicht können die Herren nicht die Verantwortung, daß sie tragen, über sich zu werfen. Das Opfer einer Weltkrise und des Friedensvertrages. Die Revolution sei der Anfang der Schuld gewesen. Wir sind es, die wir die Schuld an der Katastrophe an der Taufe gebeten werden. Die Parteien, die heute an der Regierung seien, hätten die Revolution gemacht oder sie mitbedenken gelassen oder gebuddelt. Die Parteien seien also an der Verhängung der Dinge schuld und müßten daher vernichtet werden. Zu dieser Schuld komme die Veranschaulichung der nationalen Verantwortlichkeit in Deutschland, die die Verantwortung der Verantwortlichen, aus denen später wieder einmal eine deutsche Kraft hätte entstehen können.

Sicherung der Frühjahrsdünge

Die Vorverordnung vom Reichspräsidenten unterzeichnet

Berlin, 25. Jan. (H.) Der Reichspräsident hat Sonnabendmittag die Vorverordnung zur Sicherung der Frühjahrsdünge unterzeichnet. Eine amtliche Mitteilung über diese Vorverordnung bestätigt die bereits am Sonnabend von uns gemeldeten Angaben. Darüber hinaus bezieht die amtliche Mitteilung:

Aus dem Gesamtbestand von 90 Mill. RM. werden zur weiteren Sicherung der diesjährigen Frühjahrsdüngung 25 Mill. RM. abgezogen, die von einem Umlauf von 360 Mill. RM. übernommen werden können. Dieser Düngeumlauf wurde etwas dem des Vorjahres in der gleichen Zeit erhöht. Die Berechnung einer einzigen Düngung folgt zwischen dem Reich und den Provinzen nach einem besonders vereinbarten Schlüssel, nach dem der Reich die ersten Rufen zum Überzugigen Teil übernimmt.

Die Ausfallgarantie erstreckt sich auf den vollständigen Umlauf von 360 Mill. RM. Die einzelnen Provinzen insgesamt nicht mehr als 25 vom Hundert ihres Gesamtumlages an Düngeumläufen in der Frage kommen. Durch diese Vereinbarung wird ein Ausgleich der Rufen des einzelnen Provinzen zwischen den Provinzen und dem Reich ermöglicht. Bei der Durchführung der Ausfallgarantie soll Sorge getroffen werden, daß die Sicherungen auch den Provinzen weitergegeben werden können. Die Düngeumläufe werden die Provinzen der Ausfallgarantie in den nächsten Tagen ihren Provinzen mitteilen.

Volksentscheid in Danzig gezeichnet

Danzig, 25. Jan. (H.) Bei dem Volksentscheid über die Auflösung des Danziger Volksrats, der von kommunistischen Sozialdemokraten und Polen veranstaltet war, wurden insgesamt abgegeben: 71 109 Stimmen, davon mit „Ja“ 75 331 Stimmen, mit „Nein“ 887 Stimmen, ungenügend 1 091 Stimmen. Wahlberechtigt waren 228 044. Zu Ungunsten des Volksentscheids hätte die Hälfte der Wahlberechtigten abstimmen müssen, das sind 114 022. Damit ist der Volksentscheid eindeutig gescheitert. Bei der letzten Wahl hatten die Parteien, die hinter dem Volksentscheid standen, 74 000 Stimmen abgeduldet.

Kein Tributobjekt!

Zu den Gerüchten über einen französischen Plan, die Abrüstung der Deutschen Reichsbank zu verlangen und sie für Rechnung der Tributobjekte auszuhebeln, erwidern wir zum zukünftigen Tage, daß ein solcher Plan der Reichsregierung nicht vorliegt, daß aber über ein derartiges Ansuchen auch nicht verhandelt werden würde. (H.) werden in der nächsten Ausgabe noch ausführlicher auf diese Frage zurückkommen.)

Reichswehrminister über die Abrüstungsfrage

Paris, 24. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Revue“ hat Reichswehrminister Dr. Groener eine Reihe ihm vorgelegter Fragen wie folgt beantwortet:

Welches ist der allgemeine Standpunkt des Reichswehrministeriums in der Abrüstungsfrage?

„In der Abrüstungsfrage haben alle deutschen Regierungen stets einmütig den gleichen Standpunkt vertreten, der sich auf die Weisung vom 1919 stützt. Im Innern ist einmütig einig: Deutschland fordert das gleiche Recht wie alle anderen Staaten. Das bedeutet, daß es in den Methoden der Abrüstung keinen Unterschied zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges geben darf und daß Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit hat wie andere Great Powers. Die Forderungen müssen für ein Land, das sein Recht auf Selbstbehauptung und Leben nicht aufgeben will, selbstverständlich sein. Sie stimmen vollständig mit dem überein, was das Europa-Memorandum der französischen Regierung vom Mai 1930 mit den Worten ausgedrückt hat: „Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte.“

Sicherung der Frühjahrsdünge

Die Vorverordnung vom Reichspräsidenten unterzeichnet

Berlin, 25. Jan. (H.) Der Reichspräsident hat Sonnabendmittag die Vorverordnung zur Sicherung der Frühjahrsdünge unterzeichnet. Eine amtliche Mitteilung über diese Vorverordnung bestätigt die bereits am Sonnabend von uns gemeldeten Angaben. Darüber hinaus bezieht die amtliche Mitteilung:

Aus dem Gesamtbestand von 90 Mill. RM. werden zur weiteren Sicherung der diesjährigen Frühjahrsdüngung 25 Mill. RM. abgezogen, die von einem Umlauf von 360 Mill. RM. übernommen werden können. Dieser Düngeumlauf wurde etwas dem des Vorjahres in der gleichen Zeit erhöht. Die Berechnung einer einzigen Düngung folgt zwischen dem Reich und den Provinzen nach einem besonders vereinbarten Schlüssel, nach dem der Reich die ersten Rufen zum Überzugigen Teil übernimmt.

Die Ausfallgarantie erstreckt sich auf den vollständigen Umlauf von 360 Mill. RM. Die einzelnen Provinzen insgesamt nicht mehr als 25 vom Hundert ihres Gesamtumlages an Düngeumläufen in der Frage kommen. Durch diese Vereinbarung wird ein Ausgleich der Rufen des einzelnen Provinzen zwischen den Provinzen und dem Reich ermöglicht. Bei der Durchführung der Ausfallgarantie soll Sorge getroffen werden, daß die Sicherungen auch den Provinzen weitergegeben werden können. Die Düngeumläufe werden die Provinzen der Ausfallgarantie in den nächsten Tagen ihren Provinzen mitteilen.

Reichswehrminister über die Abrüstungsfrage

Paris, 24. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Revue“ hat Reichswehrminister Dr. Groener eine Reihe ihm vorgelegter Fragen wie folgt beantwortet:

Welches ist der allgemeine Standpunkt des Reichswehrministeriums in der Abrüstungsfrage?

„In der Abrüstungsfrage haben alle deutschen Regierungen stets einmütig den gleichen Standpunkt vertreten, der sich auf die Weisung vom 1919 stützt. Im Innern ist einmütig einig: Deutschland fordert das gleiche Recht wie alle anderen Staaten. Das bedeutet, daß es in den Methoden der Abrüstung keinen Unterschied zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges geben darf und daß Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit hat wie andere Great Powers. Die Forderungen müssen für ein Land, das sein Recht auf Selbstbehauptung und Leben nicht aufgeben will, selbstverständlich sein. Sie stimmen vollständig mit dem überein, was das Europa-Memorandum der französischen Regierung vom Mai 1930 mit den Worten ausgedrückt hat: „Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte.“

Reichswehrminister über die Abrüstungsfrage

Paris, 24. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Revue“ hat Reichswehrminister Dr. Groener eine Reihe ihm vorgelegter Fragen wie folgt beantwortet:

Welches ist der allgemeine Standpunkt des Reichswehrministeriums in der Abrüstungsfrage?

„In der Abrüstungsfrage haben alle deutschen Regierungen stets einmütig den gleichen Standpunkt vertreten, der sich auf die Weisung vom 1919 stützt. Im Innern ist einmütig einig: Deutschland fordert das gleiche Recht wie alle anderen Staaten. Das bedeutet, daß es in den Methoden der Abrüstung keinen Unterschied zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges geben darf und daß Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit hat wie andere Great Powers. Die Forderungen müssen für ein Land, das sein Recht auf Selbstbehauptung und Leben nicht aufgeben will, selbstverständlich sein. Sie stimmen vollständig mit dem überein, was das Europa-Memorandum der französischen Regierung vom Mai 1930 mit den Worten ausgedrückt hat: „Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte.“

Reichswehrminister über die Abrüstungsfrage

Paris, 24. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Revue“ hat Reichswehrminister Dr. Groener eine Reihe ihm vorgelegter Fragen wie folgt beantwortet:

Welches ist der allgemeine Standpunkt des Reichswehrministeriums in der Abrüstungsfrage?

„In der Abrüstungsfrage haben alle deutschen Regierungen stets einmütig den gleichen Standpunkt vertreten, der sich auf die Weisung vom 1919 stützt. Im Innern ist einmütig einig: Deutschland fordert das gleiche Recht wie alle anderen Staaten. Das bedeutet, daß es in den Methoden der Abrüstung keinen Unterschied zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges geben darf und daß Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit hat wie andere Great Powers. Die Forderungen müssen für ein Land, das sein Recht auf Selbstbehauptung und Leben nicht aufgeben will, selbstverständlich sein. Sie stimmen vollständig mit dem überein, was das Europa-Memorandum der französischen Regierung vom Mai 1930 mit den Worten ausgedrückt hat: „Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte.“

Reichswehrminister über die Abrüstungsfrage

Paris, 24. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Revue“ hat Reichswehrminister Dr. Groener eine Reihe ihm vorgelegter Fragen wie folgt beantwortet:

Welches ist der allgemeine Standpunkt des Reichswehrministeriums in der Abrüstungsfrage?

„In der Abrüstungsfrage haben alle deutschen Regierungen stets einmütig den gleichen Standpunkt vertreten, der sich auf die Weisung vom 1919 stützt. Im Innern ist einmütig einig: Deutschland fordert das gleiche Recht wie alle anderen Staaten. Das bedeutet, daß es in den Methoden der Abrüstung keinen Unterschied zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges geben darf und daß Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit hat wie andere Great Powers. Die Forderungen müssen für ein Land, das sein Recht auf Selbstbehauptung und Leben nicht aufgeben will, selbstverständlich sein. Sie stimmen vollständig mit dem überein, was das Europa-Memorandum der französischen Regierung vom Mai 1930 mit den Worten ausgedrückt hat: „Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte.“

Reichswehrminister über die Abrüstungsfrage

Paris, 24. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Revue“ hat Reichswehrminister Dr. Groener eine Reihe ihm vorgelegter Fragen wie folgt beantwortet:

Welches ist der allgemeine Standpunkt des Reichswehrministeriums in der Abrüstungsfrage?

„In der Abrüstungsfrage haben alle deutschen Regierungen stets einmütig den gleichen Standpunkt vertreten, der sich auf die Weisung vom 1919 stützt. Im Innern ist einmütig einig: Deutschland fordert das gleiche Recht wie alle anderen Staaten. Das bedeutet, daß es in den Methoden der Abrüstung keinen Unterschied zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges geben darf und daß Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit hat wie andere Great Powers. Die Forderungen müssen für ein Land, das sein Recht auf Selbstbehauptung und Leben nicht aufgeben will, selbstverständlich sein. Sie stimmen vollständig mit dem überein, was das Europa-Memorandum der französischen Regierung vom Mai 1930 mit den Worten ausgedrückt hat: „Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte.“

Reichswehrminister über die Abrüstungsfrage

Paris, 24. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Revue“ hat Reichswehrminister Dr. Groener eine Reihe ihm vorgelegter Fragen wie folgt beantwortet:

Welches ist der allgemeine Standpunkt des Reichswehrministeriums in der Abrüstungsfrage?

„In der Abrüstungsfrage haben alle deutschen Regierungen stets einmütig den gleichen Standpunkt vertreten, der sich auf die Weisung vom 1919 stützt. Im Innern ist einmütig einig: Deutschland fordert das gleiche Recht wie alle anderen Staaten. Das bedeutet, daß es in den Methoden der Abrüstung keinen Unterschied zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges geben darf und daß Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit hat wie andere Great Powers. Die Forderungen müssen für ein Land, das sein Recht auf Selbstbehauptung und Leben nicht aufgeben will, selbstverständlich sein. Sie stimmen vollständig mit dem überein, was das Europa-Memorandum der französischen Regierung vom Mai 1930 mit den Worten ausgedrückt hat: „Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte.“

Reichswehrminister über die Abrüstungsfrage

Paris, 24. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Revue“ hat Reichswehrminister Dr. Groener eine Reihe ihm vorgelegter Fragen wie folgt beantwortet:

Welches ist der allgemeine Standpunkt des Reichswehrministeriums in der Abrüstungsfrage?

„In der Abrüstungsfrage haben alle deutschen Regierungen stets einmütig den gleichen Standpunkt vertreten, der sich auf die Weisung vom 1919 stützt. Im Innern ist einmütig einig: Deutschland fordert das gleiche Recht wie alle anderen Staaten. Das bedeutet, daß es in den Methoden der Abrüstung keinen Unterschied zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges geben darf und daß Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit hat wie andere Great Powers. Die Forderungen müssen für ein Land, das sein Recht auf Selbstbehauptung und Leben nicht aufgeben will, selbstverständlich sein. Sie stimmen vollständig mit dem überein, was das Europa-Memorandum der französischen Regierung vom Mai 1930 mit den Worten ausgedrückt hat: „Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte.“

Reichswehrminister über die Abrüstungsfrage

Paris, 24. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Revue“ hat Reichswehrminister Dr. Groener eine Reihe ihm vorgelegter Fragen wie folgt beantwortet:

Welches ist der allgemeine Standpunkt des Reichswehrministeriums in der Abrüstungsfrage?

„In der Abrüstungsfrage haben alle deutschen Regierungen stets einmütig den gleichen Standpunkt vertreten, der sich auf die Weisung vom 1919 stützt. Im Innern ist einmütig einig: Deutschland fordert das gleiche Recht wie alle anderen Staaten. Das bedeutet, daß es in den Methoden der Abrüstung keinen Unterschied zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges geben darf und daß Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit hat wie andere Great Powers. Die Forderungen müssen für ein Land, das sein Recht auf Selbstbehauptung und Leben nicht aufgeben will, selbstverständlich sein. Sie stimmen vollständig mit dem überein, was das Europa-Memorandum der französischen Regierung vom Mai 1930 mit den Worten ausgedrückt hat: „Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte.“

Reichswehrminister über die Abrüstungsfrage

Paris, 24. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Revue“ hat Reichswehrminister Dr. Groener eine Reihe ihm vorgelegter Fragen wie folgt beantwortet:

Welches ist der allgemeine Standpunkt des Reichswehrministeriums in der Abrüstungsfrage?

„In der Abrüstungsfrage haben alle deutschen Regierungen stets einmütig den gleichen Standpunkt vertreten, der sich auf die Weisung vom 1919 stützt. Im Innern ist einmütig einig: Deutschland fordert das gleiche Recht wie alle anderen Staaten. Das bedeutet, daß es in den Methoden der Abrüstung keinen Unterschied zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges geben darf und daß Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit hat wie andere Great Powers. Die Forderungen müssen für ein Land, das sein Recht auf Selbstbehauptung und Leben nicht aufgeben will, selbstverständlich sein. Sie stimmen vollständig mit dem überein, was das Europa-Memorandum der französischen Regierung vom Mai 1930 mit den Worten ausgedrückt hat: „Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte.“

Reichswehrminister über die Abrüstungsfrage

Paris, 24. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Revue“ hat Reichswehrminister Dr. Groener eine Reihe ihm vorgelegter Fragen wie folgt beantwortet:

Welches ist der allgemeine Standpunkt des Reichswehrministeriums in der Abrüstungsfrage?

„In der Abrüstungsfrage haben alle deutschen Regierungen stets einmütig den gleichen Standpunkt vertreten, der sich auf die Weisung vom 1919 stützt. Im Innern ist einmütig einig: Deutschland fordert das gleiche Recht wie alle anderen Staaten. Das bedeutet, daß es in den Methoden der Abrüstung keinen Unterschied zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges geben darf und daß Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit hat wie andere Great Powers. Die Forderungen müssen für ein Land, das sein Recht auf Selbstbehauptung und Leben nicht aufgeben will, selbstverständlich sein. Sie stimmen vollständig mit dem überein, was das Europa-Memorandum der französischen Regierung vom Mai 1930 mit den Worten ausgedrückt hat: „Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte.“

